



Tagesordnung II Punkt 2.21 der öffentlichen Sitzung am 20. Dezember 2023

Vorlagen-Nr. 23-V-15-0012

Ausrichtung Stellenplanmanagement

Beschluss Nr. 0489

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. sich die Anforderungen an die Fachbereiche der Stadtverwaltung Wiesbaden dynamisch durch neue Gesetze, den Fachkräftemangel sowie die zunehmende Standardisierung und Digitalisierung von Prozessen verändern;
 - 1.2. der Aufgabenkatalog und Personalbedarf (quantitativ und qualitativ) in den Fachbereichen dadurch ebenfalls einem ständigen Wandel unterliegen und Stellenbeschreibungen, Personalbedarfe und die Aufbauorganisation sich kontinuierlich anpassen müssen;
 - 1.3. bei der Stadtverwaltung Wiesbaden seit dem Jahr 2005 die zentrale Organisationsberatung sukzessive zurückgefahren wurde und eine fachlich fundierte Beratung und Begleitung der Fachbereiche zur Gestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation inklusive Personalbedarfsberechnungen nicht erfolgt;
 - 1.4. das Sachgebiet 150130 *Stellenplan und Aufgabenmanagement* mit einem Gesamtplanstellenumfang von 6,5 VZÄ inklusive Leitung heute schwerpunktmäßig Stellenbewertungen (ca. 450 - 500 pro Jahr) und Organisationsverfügungen (ca. 150 pro Jahr) erstellt und eine aktive Personalbewirtschaftung über den Stellenplan somit nur bedingt möglich ist;
 - 1.5. die bisher durch das Sachgebiet 150130 *Stellenplan und Aufgabenmanagement* erstellten Stellungnahmen zu Sitzungsvorlagen mit Personalmehrbedarfen (ca. 100 pro Jahr) in der Mehrzahl innerhalb weniger Tage ohne Möglichkeit einer fachlichen Auseinandersetzung erfolgen;
 - 1.6. ein interkommunaler Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen einen Personalbedarf für das *Organisationsmanagement* von durchschnittlich 412 Planstellen/Mitarbeitenden ergeben hat und die LHW mit aktuell 806 Planstellen/Mitarbeitenden den negativen Spitzenwert bildet;
 - 1.7. sich auf Basis des Durchschnittswertes von 412 Planstellen/Mitarbeitenden für die Stadtverwaltung Wiesbaden mit aktuell 5.250 Planstellen ein Personalbedarf in Höhe von 12,7 VZÄ für das Organisationsmanagement ergibt.

2. Es wird beschlossen, dass

- 2.1. Dezernat II/15 beauftragt wird, das Aufgabenspektrum des Sachgebietes 150130 *Stellenplan- und Aufgabenmanagement* um die Aufgaben Organisationsberatung und Personalbedarfsberechnungen zu erweitern;
- 2.2. Dezernat II/15 beauftragt wird, erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Aktualität und Richtigkeit der Informationen im Stellenplan sicherzustellen. Damit wird eine verlässliche Informationsquelle über den Status Quo und eine Basis für Analysen geschaffen;
- 2.3. im Sachgebiet 150130 *Stellenplan und Aufgabenmanagement* zur Durchführung von Organisationsberatungen und Stellenbemessungen zum Stellenplan 2024/2025 ~~vier ein~~ **Personalmehrbedarf im Umfang 1,0 VZÄ, Vollzeitplanstellen (4,0 VZÄ)**, mit dem Stellenwerten E 11 TVöD bzw. A 12 HBesG **anerkannt wird. Die Deckung der Bedarfe erfolgt mit bereits bestehenden Planstellen (Umwidmung) in Abstimmung mit Dezernat II/15 geschaffen werden;**
- 2.4. zur Finanzierung der Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von **39.230 264.082** Euro für 2024 ~~und 528.164 Euro p. a. ab 2025~~ im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Dezernat II/15 zugesetzt und vorab der Genehmigung des Haushaltsplanes 2024/2025 durch die Aufsichtsbehörde freigegeben werden;
- 2.5. ~~die Freigabe der Planstellen vorab der Genehmigung des Haushaltsplanes 2024/2025 durch die Aufsichtsbehörde zum 1. Januar 2024 erfolgt, jedoch frühestens nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über den Haushalt 2024/2025;~~
- 2.6. im Rahmen der Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals für Dezernat II/15 ab dem 1. Januar 2024 um ~~4,0~~ **1,0 VZÄ** dauerhaft erhöht wird.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 20.12.2023 BP 0589)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 20.12.2023
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 20.12.2023
im Auftrag

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock